

»»» Wie hängen Klimakrise und Bevölkerungsentwicklung zusammen?

One Pager

Nr 4, 15. Juni 2022

Autoren: Thomas Nice, Catherina Hinz, Redaktion: Heide Kühlken

Länderübergreifende Analysen zeigen, dass die Bevölkerungswachstumsraten in Ländern, die stark vom Klimawandel betroffen sind, überdurchschnittlich hoch sind. Deshalb liegt die Frage nahe, ob es kausale Zusammenhänge zwischen demografischer Entwicklung und Klimakrise gibt.

Länder mit hohem Bevölkerungswachstum bisher kaum Klimawandler...

Der Ausstoß von Treibhausgasen wie Kohlendioxid ist die wichtigste Ursache des Klimawandels. Mehr Menschen sind ein Faktor, der starken Einfluss auf die Emissionen haben kann, denn jeder hinterlässt einen ökologischen Fußabdruck. Allerdings konzentriert sich das Bevölkerungswachstum aktuell vor allem dort, wo die Emissionen pro Person sehr gering sind. Trotz hoher Kinderzahl tragen Haushalte in armen Ländern deshalb bisher kaum zum menschengemachten Klimawandel bei. Wie schnell sich das ändern kann, zeigt das Beispiel des durch historisch hohe Kinderzahlen zum Bevölkerungsriesen gewachsenen China: Eine rasche Industrialisierung bei sinkenden Geburtenraten hat dort zu einem deutlichen Anstieg der Pro-Kopf-Emissionen geführt, wodurch China innerhalb weniger Jahre zum weltweit größten CO₂-Emittenten wurde. Um die potenziell negativen Klimawirkungen einer wachsenden Bevölkerung zu begrenzen, wird es daher darauf ankommen, in den aufstrebenden Ländern frühzeitig klimaschonende Produktions- und Konsumweisen zu fördern.

...aber besonders stark von den negativen Auswirkungen betroffen

Das Bevölkerungswachstum im globalen Süden spielt offensichtlich aktuell nur eine nachgeordnete Rolle als Treiber der Klimakrise. Neben Faktoren wie Wohlstand oder Bildung nimmt die

Demografie allerdings starken Einfluss darauf, inwiefern Menschen von Klimafolgen betroffen sind (Vulnerabilität) und diese bewältigen können (Resilienz). Dazu zählen insbesondere:

- die *räumliche Verteilung* der Bevölkerung: Entwicklungsländer sind schon aufgrund ihrer geographischen Lage deutlich stärker von negativen Auswirkungen der Klimakrise betroffen als der globale Norden. Der hohe Bevölkerungsdruck in vielen dieser Länder trägt zusätzlich dazu bei, dass immer mehr Menschen in Gebiete vordringen, in denen sie Klimarisiken besonders stark ausgesetzt sind und wo Infrastruktur zum Schutz der Bevölkerung fehlt. Dazu zählen gefährdete Hanglagen, Überschwemmungsgebiete oder Regionen, die nur marginale landwirtschaftliche Erträge ermöglichen. Indirekt kann der Bevölkerungsdruck auch zur Beschleunigung des Klimawandels beitragen (Abholzung von Wäldern, Trockenlegung von Sümpfen etc.).
- die *sozioökonomische Situation*: Die Bevölkerungsdynamik ist aus einer Vielzahl von Gründen in ärmeren und fragilen Ländern besonders hoch. Gerade dort sind dadurch die Möglichkeiten, sich gegen die negativen Auswirkungen des Klimawandels zu schützen, stark eingeschränkt. Hierzu gehören fehlende finanzielle Mittel zur Überbrückung von Krisenzeiten oder für präventive Schutzmaßnahmen genauso wie überforderte soziale Sicherungssysteme.

Ansatzmöglichkeiten der Entwicklungspolitik liegen hier, neben allgemeinen Klimaanpassungs- und -mitigationsmaßnahmen, vor allem in der Senkung der Vulnerabilität (z. B. durch Investitionen in Bildung, Wasser- und Sanitärversorgung, Gesundheit) und in der

Stärkung der Resilienz (z. B. durch Düreresilienzprogramme oder den Ausbau adaptiver sozialer Sicherungssysteme).

Rückwirkungen des Klimawandels auf die Bevölkerungsentwicklung?

Zwar wirkt sich der Klimawandel schon heute spürbar auf die regionale Verteilung der Bevölkerung aus (klimabedingte Migrationsströme), aber es gibt bisher wenig Forschung dazu, ob er auch spürbar die Bevölkerungszahlen beeinflusst. Das mag an teilweise gegenläufigen Entwicklungen liegen: Einerseits können zunehmende Klimarisiken die Sterblichkeit erhöhen. Andererseits beeinträchtigen Krisen oft auch die Funktionsfähigkeit von Bildungs- und Gesundheitssystemen, was sich entweder direkt (eingeschränkter Zugang zu Familienplanungsdiensten) oder auch indirekt (Rückschritte bei der sexuellen und reproduktiven Selbstbestimmung von Frauen) fertilitätserhöhend auswirken kann.

Fazit: Klimakrise hängt weniger mit Demographie als mit Konsum- und Produktionsmustern zusammen

Zwischen Klimawandel und Bevölkerungsdynamik gibt es plausible Wechselwirkungen. Die Länder mit aktuell hohen Bevölkerungswachstumsraten sind aber keine entscheidenden Treiber für den Klimawandel. Unklar ist, inwiefern die Klimakrise die Bevölkerungsentwicklung in diesen Ländern in Zukunft beeinflussen wird. Einigkeit besteht hingegen darin, dass entwicklungspolitische Ansatzpunkte zur Reduzierung der Problematik vor allem in der Förderung von klimaschonenden Produktions- und Konsummustern liegen. Dennoch sollten effektive Maßnahmen zur Stärkung der Klimaresilienz und Reduzierung von Klimavulnerabilitäten die demografische Entwicklung mit in den Blick nehmen. ■